

Beschluss des Landesteilhabebeirats zu TOP 5 zum Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der 48. Sitzung des Landesteilhabebeirates am 19.11.2025

Der Landesteilhabebeirat hat sich nach Vorlage des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Land Bremen intensiv mit diesem beschäftigt. Er hält trotz Verbesserungen im Überarbeitungsprozess seine grundsätzliche Kritik aufrecht. Dem Plan gelingt es nicht hinreichend, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern. Ihm fehlt auch angesichts fortbestehender Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen die erforderliche Transformationskraft hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Gerade die anhaltende Haushaltsnotlage der Freien Hansestadt Bremen und seiner beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven hätte erfordert, die Weiterentwicklung von gleichberechtigter Teilhabe abweichungsfest abzusichern. Ein solcher Mechanismus fehlt dem Plan.

Trotz der fortbestehenden Kritik eröffnet der Plan gezielte Möglichkeiten einer konsequenten Weiterentwicklung. Der Landesaktionsplan ist aus Sicht des Landesteilhabebeirats insofern weiterhin das zentrale menschenrechtliche Instrument, um die Inhalte der Konvention im Sinne des Disability Mainstreamings zu verankern.

Um den Anforderungen der Konvention gerecht zu werden, fordert der Landesteilhabebeirat den Senat auf, umgehend die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der geplante Bericht über die Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen beauftragt werden kann. Er bildet die Grundlage dafür, den weiteren Umsetzungsprozess auf valider Datengrundlage und unter Beteiligung behinderter Menschen zu gestalten. Soweit hierfür Haushaltsmittel benötigt werden, die allein aus dem Haushalt der Senatorin für Soziales nicht erfüllt werden können, fordert der Landesteilhabebeirat alle Senatsressorts auf, die Finanzierung im Wege der Umlage sicherzustellen.

Daneben fordert der Landesteilhabebeirat den Senat auf, die Benennung der Ressortverantwortlichen in den Geschäftsverteilungsplänen der Ressorts in Erfüllung der Vorgaben aus dem Plan (Frist bis 30.09.2025) zu vollziehen. Sie tragen im Rahmen der Umsetzung des Plans eine hohe Verantwortung für die künftig dezentralere Dauerbearbeitung der Umsetzungsmaßnahmen. Der Landesteilhabebeirat bittet den Senat zudem darum, die Grundlagen der weiteren Kooperation zwischen dem Focal Point, den Ressortansprechpersonen und dem Landesteilhabebeirat miteinander konkret zu vereinbaren. Hierbei sollte den unterschiedlichen Aufgaben Rechnung getragen werden. Besonderer Bedeutung kommt hierbei auch der konsequenten Ausrichtung an den Vorgaben der Konvention als gesetzlicher Auftrag zu. Um diese flächendeckend abzusichern, sollten konkrete Fortbildungsangebote entwickelt werden, die auch unter Beteiligung des Beitrags eine kontinuierliche und kooperative Bearbeitung ermöglichen können.

Die Verwirklichung der Vorgaben der UN-BRK erschöpft sich nach Ansicht des Landesteilhabebeirats nicht in der Abarbeitung eines Landesaktionsplans. Die durch die verbesserte Umsetzungssteuerung eingeleiteten strukturellen Maßnahmen zu vertiefen und durch die Expertise des Deutschen Instituts für Menschenrechte anzureichern, wie es andere Länder durch ein entsprechendes dauerhaftes Monitoring vorgemacht haben, wäre hierfür aus Sicht des Landesteilhabebeirats ein sinnvoller nächster Schritt.+